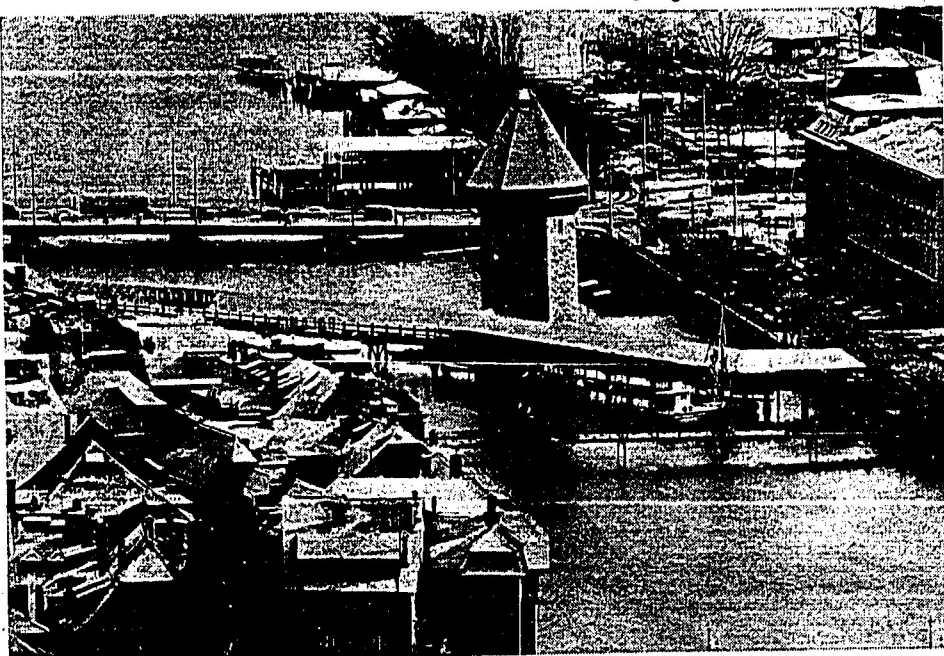


Luzerner Tagblatt



Generalstreik in Italien 2

Jack Günthards USA-Eindrücke 11

Das Urteil im «Hexen»-Prozeß LM

Wiedererstandene Kapellbrücke

Auf den Dächern Luzerns liegt ein leichter Schneeschaum; er liegt auch auf dem Dach der Kapellbrücke, die nun langsam wieder ihre altvertraute Gestalt annimmt. Seit dem Spätherbst hatten die Luzerner auf sie verzichten müssen, weil die eichenen Trägerstützen ersetzt werden mußten. Diese sichtlich schwierige und anspruchsvolle Arbeit geht nun schnell und fristgerecht ihrem Ende zu, und schon bald wird die Kapellbrücke — eine der ganz wenigen Brücken der Welt, die ihren Fluß schräg statt auf dem kürzesten, das heißt geraden Weg überqueren — wieder ihren Dienst versehen können. Erbaut wurde sie um 1300; aber aus dieser Zeit ist nicht ein einziger Span mehr übrig geblieben, denn die Brücke wurde mehrmals überholt und erneuert. — Unsere Leica-Teaufnahme entstand übrigens vom Gütsch aus, von dessen Aussichtsturm man ja eine ganz ungewöhnliche und einzigartige Sicht über die Stadt hinweg genießt. Foto Paul Thürig

De Gaulle rüstet zum Empfang Nixons

Von UPI-Korrespondent George Sibera

Auf den amerikanischen Präsidenten Richard Nixon wartet in Paris ein großer Empfang. Nixon wird voraussichtlich seine Europareise am 1. März in Paris beginnen. Westliche Diplomaten erklärten, de Gaulle werde mit einem Galadiner im Elysée und mit einem Empfang im Schloß Grand Trianon in Versailles seinem Gast alle Ehren erweisen, die bei Staatsbesuchen üblich sind. De Gaulle möchte die Aussöhnung beider Länder symbolisieren. Mit Nixon kommt erstmals seit Kennedys Besuch im Jahre 1961 wieder ein US-Präsident an die Seine.

In Paris verspricht man sich von diesem Besuch eine erhebliche Steigerung französischen Einflusses auf die Weltpolitik, besonders eine noch aktivere Rolle Frankreichs bei einer Regelung des Vietnamkonflikts. Politische Beobachter erinnern an die wiederholten

Außerungen de Gaulles über eine aktive Teilnahme Frankreichs bei den Bemühungen um die Wiederherstellung des Friedens auf dem südostasiatischen Kriegsschauplatz, sobald die Zeit dafür reif sei.

Am traditionellen Empfang nimmt das diplomatische Korps teil. Wahrscheinlich werden dazu auch nordvietnamesische und chinesische Diplomaten eingeladen. Hanoi sowohl als auch Peking unterhalten in Paris diplomatische Missionen. Als sicher gilt, daß de Gaulle seinen Gast Nixon drängen werde, die amerikanische Vietnampolitik nach zwei Grundsätzen auszurichten, für die Frankreich plädiert: Selbstbestimmung in Südvietnam und Neutralisierung ganz Indochinas. Selbstbestimmung in Südvietnam bedeutet nach de Gaulles Ansicht auch die ungehinderte Teilnahme der «Nationalen Befreiungsfront» (Vietkong) an Wahlen.

Unterhaus genehmigt Oberhausreform

Massiver Eingriff in die britische Parlamentsorganisation

London, 4. Febr. ag. (R) Mit 285 gegen 135 Stimmen hat das britische Unterhaus die Reform des Oberhauses genehmigt. Das Kernstück der Reform, mit der die Sozialisten das parlamentarische Leben von «verstaubtem Anarchismus» befreien wollen, besteht in der Abschaffung des grundsätzlichen Erbschafts auf Siz und Stimme in der zweiten Kammer des britischen Parlamentes.

Gemäß dem Gesetzentwurf werden im Oberhaus künftig nur 230 auf Grund ihrer Verdienste zu Lords auf Lebenszeit gewählte Mitglieder Stimmrecht haben. Alle übrigen — es sind gegenwärtig noch rund 700 — werden als Erstgeborene berühmter Herzogs- und Grafengeschlechter nur noch das Privileg haben, als Zaungäste ohne Stimmrecht den Debatten zu folgen.

Schließlich soll auch die «Vergrei-

sung» des Oberhauses bekämpft werden. Mit Erreichung des 72. Lebensjahres soll künftig jeder Peer das Recht auf Abstimmung verlieren. Im weiteren will man die Zahl der Bischöfe im Oberhaus von 26 auf 16 reduzieren. Auch die abstimmungsberechtigten Lords sollen nicht mehr das Recht haben, die Verabschiedung eines Gesetzes um ein Jahr zu verzögern.

Wenn das neue Gesetz in Kraft tritt, steht noch nicht fest. Die Labourregierung hofft, daß dies noch vor den nächsten allgemeinen Wahlen der Fall sein wird. In einem Weißbuch, das die Regierung im November 1968 veröffentlicht hat, heißt es, auch im modernen parlamentarischen System müsse dem Oberhaus eine wichtige Rolle zufallen. Die zweite Kammer des britischen Parlamentes stelle kein hemmendes Gegengewicht, sondern eine Ergänzung des Unterhauses dar.

250 Jahre Fürstentum Liechtenstein

Am 23. Januar 1719 unterzeichnete Kaiser Karl VI. in Wien die Urkunde, welche die im Rheintal gelegene Herrschaft Schellenberg mit der angrenzenden Grafschaft Vaduz vereinigte und zum reichsunmittelbaren Fürstentum erhob. Das neue Fürstentum erhielt den Namen seiner Besitzer, der Fürsten von Liechtenstein. Durch Aufnahme des Fürstentums in den Rheinbund, die im Jahre 1806 durch Napoleon erfolgte, erhielt Liechtenstein offiziell seine Souveränität. Mit der Auflösung des Deutschen Bundes 1866 erreichte Liechtenstein die letzte Stufe seiner Selbstständigkeit.

Als blühenfreier selbständiger Staat schloß Liechtenstein mit der österreichisch-ungarischen Monarchie einen Zoll- und Wirtschaftsvertrag, der das kleine Land wirtschaftlich lebensfähig machte. Nach dem Zerfall des Kaiserreiches fand das Für-

stentum in der Schweiz einen neuen Wirtschaftspartner. Der Postvertrag von 1921 und der Zollvertrag von 1923 bestehen bis heute unverändert weiter. Seither lehnt sich Liechtenstein in der Wirtschaft und im kulturellen Leben an die Schweiz an. Die schweizerisch-liechtensteinische Partnerschaft wird in mancher Hinsicht als Modellfall für das freundschaftliche Zusammenleben von zwei ungleich großen Staaten bezeichnet.

Im Jubiläumsjahr 1969 weist das 160 Quadratkilometer große Fürstentum etwas mehr als 20 000 Einwohner auf, wovon rund 13 000 liechtensteinische Staatsbürger sind. — Das Jubiläum wird am 12. und 13. Juli in Vaduz begangen. Ein Fest für die Schuljugend, eine Jubiläumsausstellung, ein Staatsakt und ein Volksfest werden die Höhepunkte der Festlichkeiten bilden.

Nordirische Schwierigkeiten ohne Ende

Die irische Frage ist das Kreuz der britischen Innenpolitik, seitdem man die Insel nach Glaubensbekenntnissen aufgeteilt hat. Bereits vor ihrer Trennung in die katholische Republik Eire und die zu Großbritannien gehörende protestantische Provinz Ulster erschütterten die «Irish Troubles», die irischen Schwierigkeiten, nicht nur die beiden Inselhälften mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Die schier unlösbaren Probleme wurden zum Zankapfel der britischen Regierungspolitik. Die Trennung Südirlands von der britischen Krone war erst nach einem jahrelangen, blutigen Bürgerkrieg erreicht worden. Sie hatte 1922 die Zweiteilung der Insel nach dem Glaubensbekenntnis zur Folge und führte vor und nach dem letzten Krieg zu Terrorakten der IRA (irische Republikanische Armee), die mit Gewalt und Mord die Wiedervereinigung Irlands wiederherzustellen versuchte.

Bei den neuen Schwierigkeiten, welche das mehrheitlich protestantische Nordirland seit Anfang Oktober fast ohne Unterlaß überziehen, handelt es sich zwar offiziell um demokratische Gleichberechtigung und gleiche Behandlung bei der Beschäftigung und Wohnungszuteilung, in Wirklichkeit aber um einen neuen Glaubensstreit zwischen Protestanten und Katholiken. Engstirnigkeit, Bigotterie und Unuldamsamkeit sind auf beiden Seiten zu finden, und die Extremisten in beiden Lagern steigen seit mehr als vier Monaten immer wieder auf die Barrikaden. Die eine Million Protestanten fürchten um den Verlust ihrer Vorrechte, die halbe Million Katholiken dagegen verlangen die Beseitigung der Zurücksetzung.

Die britische Regierung scheut, wie Premierminister Wilson im Unterhaus immer wieder erklärt, einen direkten Eingriff in die sich intern selbst verwaltende Provinz. Sie vertraut auf das liberale Reformprogramm des nordirischen Ministerpräsidenten Terence O'Neill, und will von den ihr in der Irlandakte von 1922 vorbehaltenen Sondervollmachten in Ulster erst dann Gebrauch machen, wenn die Verhältnisse so chaotisch werden, daß die Provinzregierung ihrer nicht mehr Herr wird oder diese ihr demokratisches Reformprogramm nicht durchführt.

Die Ereignisse der letzten Wochen und Monate, die Bürgerrechtsmärsche der Katholiken, die von anarchistischen Studenten und ihrer «Volksdemokratie» geflügelte geschürt werden, sowie die Gegendemonstrationen und Überfälle der protestantischen Extremisten, dürften das Eingreifen der britischen Regierung über kurz oder lang zur Notwendigkeit werden lassen. Die Provokationen der Radikalen beider Glaubensgemeinschaften und das teilweise brutale Vorgehen der «Royal Ulster Constabulary» (der nordirischen Polizei) haben den Hexenkessel an den Rand des Ueberlaufens gebracht. Mehr noch, sie untergraben langsam, aber sicher die Autorität der Provinzregierung und ver-



Nordirlands Ministerpräsident Terence O'Neill. Keystone

den zu einer Belastung für den Zusammenhalt der herrschenden Unionistenpartei.

Der nordirische Ministerpräsident hat nach den ersten schweren Unruhen in Londonderry ein vorsichtiges Reformprogramm verkündet. Er hat eine Kommission eingesetzt, die über die Abschaffung der Wahlprivilegien für Protestanten und der Stimmenverweigerung für Katholiken sowie über die Gewährung voller Bürgerrechte für das Drittel Katholiken beraten und Vorschläge ausarbeiten soll. Er hat ferner für die zu 70 Prozent von Katholiken und 30 Prozent von Protestanten bewohnte, aber von einer protestantischen Verwaltung regierte Stadt Londonderry eine direkte Provinzverwaltung angeordnet.

Die katholische Bürgerrechtsvereinigung und die Nationalistenpartei bezeichnen die Reform als ungenügend, die protestantischen Freischärler und die Unionisten sehen darin eine schmähliche Unterwerfung unter das Diktat Roms und den Beginn des Abfalls von der Krone und der Wiedervereinigung mit der katholischen Republik Eire. Dem pausenlosen Ansturm beider Lager sieht sich die nordirische Regierung immer weniger gewachsen und sie bröckelt immer sichtbar auseinander. Als erster verließ Innenminister William Craig das Kabinett, weil die Regierung nicht für «Ruhe und Ordnung» sorgte, d. h. weil sie nicht mit allen Machtmitteln die Kundgebungen der katholischen Bürgerrechtler unterdrückte. Der Rücktritt des reaktionären Innenministers hatte noch keine politische Auswirkungen, ja er schien das vorsichtige Reformprogramm des liberalen Regierungschefs bei der Bevölkerung und in seiner eigenen Partei noch zu stärken.

Dann kam der Rücktritt des Vizepräsidenten und Wirtschaftsministers Brian Faulkner. Er galt als ernsthafter Konkurrent im Ringen um des

Regierungschefs Nachfolge und war ein überaus erfolgreicher Ressortminister, der bei vielen Reisen auf den Kontinent die Ansiedlung ausländischer Betriebe in der von Arbeitslosigkeit heimgesuchten Provinz erreichte. Faulkner, bisher ein Mann der protestantischen Rechten und Verfechter der undemokratischen Regierung, Wahl- und Verwaltungspraktiken, gab sich in seinem Rücktrittsschreiben zur allgemeinen Ueberraschung als Vorkämpfer demokratischen Fortschritts.

Er beschuldigte seine Kollegen, das zur Abstellung der Unruhen erforderliche Reformprogramm nicht schnell und radikal genug in die Praxis umzusetzen. Der erzkonservative Minister warf seinem liberalen Chef die Benachteiligung der katholischen Minderheit vor und kritisierte alle bisher gefaßten Beschlüsse, an deren Annahme im Kabinett er selbst mitgewirkt hatte. Der Regierungschef beschuldigte Faulkner in seiner Antwort mit Recht fehlender Loyalität und mandelnder Unterstützung bei den auch von ihm bisher gutgeheißenen Beschlüssen. Zum Nachfolger ernannte er den bisherigen Fraktionschef der Unionisten im «Stormont», dem nordirischen Parlament.

Der interne Kabinetstreit wird sich nicht nur auf die protestantische Regierungspartei auswirken, er wird auch den Ministerpräsidenten an der systematischen Durchführung seines Reformprogramms hindern und vor allem die Bürgerrechtsvereine und die Demonstranten der «Volksdemokratie» noch mehr als bisher auf die Barrikaden steigen lassen. Die irischen Schwierigkeiten werden damit noch größer werden und der Tag wird kommen, da der britische Premier Wilson von seinen Sondervollmachten Gebrauch machen muß und im politischen Slum Ulster nicht nur für Ruhe und Ordnung sorgt, sondern auch in dieser Provinz des Mutterlandes der Demokratie echte Bürgerrechte für alle Bewohner gewährt und das Schlagwort «Ein Mann, eine Stimme» auch an der Nordwestecke Europas verwirklichen. Werner G. Krug (London)

Wahlen am 24. Februar

ag. (R) Premierminister Terence O'Neill hat allgemeine Wahlen in Nordirland für den 24. Februar angekündigt. O'Neill beabsichtigt, in diesen Wahlen für seine gemäßigtere Reformpolitik neue Sicherheit und Handlungsfreiheit zu gewinnen, nachdem Minister seines Kabinetts zurückgetreten sind und es in Nordirland zu Unruhen gekommen ist. Das Kabinett veröffentlichte folgende Erklärung: «Die Entwicklungen haben gezeigt, daß die abtrünnige Gruppe von Mitgliedern mit üblichen demokratischen Entscheidungen innerhalb der Parlamentsfraktion nicht zufrieden ist, sondern sich mit allen Mitteln um die Absetzung des Regierungschefs bemüht, selbst auf die Gefahr einer Zersplitterung der Partei hin.»